

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N. 57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)  
Verlagsprecher Rint Lühorn Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Noch ist nicht Auferstehungstag!

Noch starrt die ganze Welt in Waffen, so grauenvoll wie nie zuvor,  
Noch scheint zum Schlachtfeld sie geschaffen und nicht zum bunten  
Blütenfeld;

Noch tobt der Krieg mit seinen Schrecken und treibt den Segen aus  
dem Land,

Und drückt dem Fleiß den Bettelsteden, dem Raub ein Szepter in  
die Hand.

Am Ostermorgen ist der ge-  
kreuzigte Gottesohn von den Toten  
auferstanden, um seine Gottbeit zu  
manifestieren und um auf Erden  
sein Reich des Friedens und der  
Nächstenliebe zu errichten. So lehrt  
es die Kirche seit fast zwei Jahr-  
tausenden. Wer daran glaubt —  
niemand von uns hindert ihn; wir  
schließen niemanden aus unserer  
Gemeinschaft aus, der das Oster-  
evangelium für unantastbare Wahr-  
heit hält.

Aber wir fordern von ihnen  
das Recht, am Osterfest unsern  
Glauben bekennen zu dürfen. Und  
der vermengt sich an jedem Auf-  
erstehungsfeste mit dem hohen Liebe  
des menschlichen Leidens und der  
Erlösung; höher und gewaltiger  
und weltumfassender als in der  
Gegenwart ist dieses hohe Lied noch  
niemals erklingen aus den Reihen  
der Millionen von Ausgebeuteten  
und Unterdrückten. Denn die Massen  
der Vergangenheit litten, ohne zu  
wissen. Sie glaubten nur. Die  
römischen Proletarier, die unter den  
fürchterlichen Wehen des verfallenden  
Römerreiches schmachteten, glaubten  
an eine weltliche Erlösung, nicht nur an eine seelische. Sie  
hofften auf die nahe Wiedertekehr Christi, von der sie die Zer-  
schmetterung ihrer Bedränger und Würger, die Aufrichtung eines  
tausendjährigen Reiches der Brüderlichkeit und Glückseligkeit  
erwarteten. Sie glaubten, höhere Mächte walteten über ihnen,  
Gottheiten bestimmten ihre Schicksale und lenkten ihr Dasein.  
Sie glaubten, daß kommen werde ein großer Tag des Gerichts  
über alles Schlechte und daß siegen werde (unter Erlegung schwerer  
Eühnopfer für die gehäufte Schuld) Jehovas Sache zum Heil  
des Volkes. Und so erwartete man all die Jahrhunderte hin-  
durch die Sendung des Heils vom Himmel, das Kommen des  
Erlösers. Wenigstens die Armen und Elenden. Die Reichen  
schufen sich inzwischen den irdischen Himmel, die irdische Glückseligkeit.

Aber die Jahrhunderte rollten vorüber, das tausendjährige  
Reich blieb aus, die Hoffnungen auf die Wiederkunft Christi

trogen. Die ökonomischen Verhältnisse waren damals noch nicht  
dazu angetan, die sozialistischen Tendenzen des Urchristentums  
allgemein zu verwirklichen. So weit es in ihrer Macht stand,  
suchten die Christen der ersten Jahrhunderte ihre brüderliche Auf-  
fassung der Nächstenliebe zu betätigen. Sie führten Gütergemein-  
schaft ein, sie taten sich in Gemeinden zusammen, in denen die

Genusmittel allen gemeinsam waren  
— kurzum: daß der kommunistische  
Zug im Urchristentum sehr stark war,  
beweist die Tatsache, daß noch im  
6. Jahrhundert, als das Christen-  
tum längst Staatsreligion geworden  
und hierarchisch verknöchert war,  
Gregor der Große schrieb:

„Es genügt nicht, daß man andern  
ihr Eigentum nicht nimmt, man ist  
nicht schuldlos, so lange man Güter  
sich vorbehält, die Gott für Alle  
geschaffen hat. . . Wenn wir mit  
denen teilen, die in der Not sind,  
dann geben wir ihnen nicht etwas,  
was uns gehört, sondern was ihnen  
gehört. Es ist nicht ein Werk der  
Barmherzigkeit, sondern die Zahlung  
einer Schuld.“

Von diesem Kommunismus ist,  
wie man weiß, das heutige Christen-  
tum abgekommen, schon seit Thomas  
von Aquino. Und abgekommen sind  
Hunderttausende ehemals Gläubige  
auch von dem Glauben an die Wieder-  
kehr eines himmlischen Erlösers.  
In einem noch nie erlebten welt-  
geschichtlichen Massenprozeß offen-  
bart sich das wahre Seelenleben  
unserer Zeit. Die Träger der be-  
deutendsten Erscheinung unserer

### Auferstehen!

Es spricht das Licht: Nun steige empor,  
Was tief geschlummert im Schoße der Erden!  
Nun soll um die lahlen Aeste ein Flor  
Von jungem Mattgrün gebreitet werden!  
Die Knospen sollen sich öffnen lacht,  
Daß schimmernd Blüte an Blüte lacht,  
Wie bunt sich der Teppich der Erde lacht  
Im neuen Frühling! — So spricht das Licht!

Es spricht der Mensch: Wie sag ich es nur,  
Was in mir quillt an Sehnsucht und Hoffen?  
In Eiseshanden hielt Wald und Flur  
Der Winter, nun liegt die Welt wieder offen!  
Die Wolken jagen! Lenzstürme wehen  
Und alles Leben will auferstehen!  
Die letzte Zwingburg des Frostes zerbrach:  
Es säufelt im Ried und es rauscht im Haag!

Es spricht die Zeit: Nun rüftet Euch gut,  
Die Euch der Alltag geschmiedet in Bande!  
Dem Sklaven selbst wächst im Lenz der Mut,  
Und von sich wirft er die Kette der Schande!  
Wo alles aus Nacht ans Licht will gehn,  
Wo selbst das tote will auferstehn,  
Da muß auch der, den die Arbeit geweiht,  
Der Zukunft vertrauen! — So spricht die Zeit!

Zeit, nämlich der wirtschaftlichen, sozialen und politischen  
Massenkämpfe der Gegenwart, die aufgetakelten Arbeiter, die an  
der Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft, am Siege  
des unverjährbaren Rechts der Arbeit schafften, die die Ver-  
festigung der Klassenherrschaft aufstreben, die haben erkannt,  
daß für sie der Auferstehungstag noch nicht angebrochen  
ist. Die blicken — und ihrer sind viele Millionen! — über  
das Golgatha bei Jerusalem hinaus in den langen Passions-  
weg, den die Menschheit durchmessen hat; ihre Blicke ruhen auf  
den Gräbern der unzähligen  
Märtyrer, die Gut und Glück, Mut und Leben hingegeben haben  
für die erlösende Idee, die sie besaßen. Sie wissen, daß nicht  
Gnade oder Ungnade eines Herrn ihr Los entscheidet, sondern  
die unpersonliche kollektive Macht des Kapitals sie niederbält;  
sie wissen, daß ihr Auferstehungsfest nicht kommt, bevor nicht

die Kapitalmacht besiegt ist, die heute die Massen hin und her schleudert zwischen dem Fegfeuer der Beschäftigung und der Hölle der Arbeitslosigkeit, zwischen Fabrikbetrieb und Straße. Sie wissen, daß nicht ein einzelner sie erlösen kann. Immer wuchs die Erlösung von bestimmten Lebeln aus dem nie rastenden Menschengeste; auf den Flügeln der Idee eilten die Märtyrer der Menschheit voraus auf dem Passionswege, der zur Erlösung führt. Noch ist die Menschheit nicht am Ende dieses Weges; noch hat sie schlimme Leidensstationen zu überwinden, noch hat sie ihr Golgatha, denn noch hat sie die Menschwerdung der Menschheit nicht vollbracht.

Noch nicht! Aber — und dieses „Aber“ ist unser herrlicher Osterglaube! — die besten Kräfte der Völker sind am Werke, sie zu vollbringen, und dieses Werk wird, wenn auch unter neuen Kämpfen und Leiden, ganz gewiß gelingen. Und dann feiern wir unser Auferstehungsfest. Denn für uns ist die Erlösung der Menschheit kein Nothos mehr, sondern eine Entwicklung, an der die Massen mitschaffen. Schon heute kürzen die Legionen der unschuldig zur Zwangsarbeit Verurteilten das Fegfeuer der Werkstatt ab durch die Nachtstundenbewegung und bewahren viele Kollegen davor, in die Hölle der Arbeitslosigkeit hinabgeschleudert zu werden. Sie vermindern die Qualen jenes Fegfeuers durch Arbeiterschutzesetze und Gewerkschaften, die Schrecken dieser Hölle durch öffentliche und gewerkschaftliche Einrichtungen. Und sie kämpfen um politische Freiheit, um das Angesicht eines Herrn überhaupt nicht schauen zu müssen, sondern als Gleiche mit Gleichen das allgemeine Beste mit zu bestimmen.

Kein einzelner kann ihnen abnehmen, was auf ihnen lastet an Sorge und Leid; sie wissen, daß sie sich durch dieses Dasein bis zum letzten Ende hindurchkämpfen müssen, wissen, daß es ein gefährlicher Glaube ist, von fremder Macht Erlösung zu erwarten, denn er verführt zu leicht die Menschen, ihr tätiges Glück zu verträumen. Diese Massen sind nicht mehr so bequem, zu denken, daß einer zu leisten vermöchte, was doch alle vollbringen müssen. Sie fühlen, daß die Qualen des einzelnen aus den Qualen der Gesamtheit fließen, daß der einzelne also nur auferstehen kann in der Auferstehung aller. Das ist ihr Osterglaube.

Aber wir glauben nicht nur, wir wissen auch. Denn die Erfahrung lehrt uns, daß eine fortschreitende Entwicklung in der Wissenschaft, in der Gesellschaft und in der Natur stattfindet. Immer mannigfacher wird das Wissen, immer mannigfacher werden die Lebens- und Genußmittel, die sich die menschliche Gesellschaft zu erarbeiten vermag. Von der Monere (dem einzelligen, nur mit Mikroskopen wahrnehmbaren Lebewesen) bis zum Menschen: welch gewaltige Entwicklung!

All das zeigt uns, daß, wenn unsre Erde einst zum Untergang verurteilt ist, neue Weltkörper entstehen werden mit immer mannigfaltigeren Entwicklungsmöglichkeiten, so wie Goethe es uns lehrt:

„Und umzuschaffen das Geschaffne,  
Damit sich's nicht zum Starren waffe,  
Wirkt ewiges, lebend'ges Tun;  
Und was nicht war, nun will es werden  
In reinen Sonnen, farb'gen Erden,  
In keinem Falle darf es ruhn.  
Es muß sich regen, schaffend handeln,  
Erst sich gestalten, dann verwandeln,  
Nur scheinbar steht's Momente still.  
Das Ewig regt sich fort in Allen,  
Denn alles muß in nichts zerfallen,  
Wenn es im Sein beharren will.“

In diesem Sinne erweitert sich die Heberzeugung des Proletariats von der Zukunft der eignen Klasse zu dem Glauben an die Zukunft der Welt. Aber:

„Doch glauben wir nicht nur und hoffen,  
Wir wirken auch für Recht und Brot,  
Und kämpfen, bis ins Herz getroffen  
Und hat der Meisterhüße Tod.“

## Das Koalitionsrecht in Deutschland.

Das Geschrei der Reaktionen aller Schattierungen über den angeblichen Mißbrauch des Koalitionsrechtes der Arbeiter in den Gewerkschaften hat der Generalkommission Anlaß gegeben, in einer Schrift, betitelt: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“, das auf diesem Gebiet gesammelte Material in interessanter Gegenüberstellung einzelner typischer Fälle vorzuführen. Die Schrift hat einen nützlichen Umfang erlangt, ohne dabei den Anspruch erheben zu können, erschöpfend das Thema erörtert zu haben. Es konnte nur aus der Zahl der vorliegenden Gerichtsentscheidungen, die der Verfasser der Schrift, Dr. S. Reiterpfe, geordnet nach ihrem Sachinhalt wiedergibt, ein kleiner Teil zur Geltung kommen. Dabei nimmt der Verfasser nur die letzten zwölf Jahre unter die Lupe kritischer Betrachtung. Für die vor 1900 zurückliegende Zeit verweist er auf die aus einem ähnlichen Anlaß damals von dem Vorsitzenden der Generalkommission E. Legien herausgegebene Schrift: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“.

Man kann sagen, daß sich in diesen zwölf Jahren die Rechtsprechung im arbeiterfeindlichen Sinne stark entwickelt hat. Die Rechtsprechung hat sich bemüht, aus den vorliegenden Gesetzen heraus immer enger die Fessel für die Betätigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet zu ziehen. Wenn man dem Verlangen der Unternehmerverbände auf strengere Betätigung der Arbeiter bei Streitverfahren, Verbot des Streikpostens, Sündering der Arbeitsstätten für die Organisation, die große Zahl der außerordentlich harten Gerichtsurteile gegenüberstellt, so muß man über die unerhörte Rücksichtslosigkeit erstaunt sein, mit der noch eine weitere Steigerung dieser arbeiterfeindlichen Tendenz in der Rechtsprechung und Gesetzgebung gefordert wird. Teilhabe an dieser Bewegung wieder den gewaltigen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Ein Gegensatz, in dem die wirtschaftlichen Bedürfnisse gegenüber den materiellen Interessen aller beteiligten Mächte zum Schreyen bringen. Dabei hat der Verfasser der Schrift durchaus nicht einseitig nur die Urteile zusammengeheftet und kritisch besprochen, die ganz offenbar eine einseitige Stellung gegen die Arbeiter zum Ausdruck bringen, sondern er hat auch die Entscheidungen zitiert, die den Aufhebungen in Arbeitsverträgen und der sozialen Stellung der Arbeiter gerecht werden. Diese Gegenüberstellung ist nicht uninteressant insofern, als sehr bald solche durchaus erstrebene Urteile, die hier und da von einem Schöffengericht oder Landgericht gefällt werden, vom Oberlandesgericht oder Reichsgericht eine Revidierung erfahren, wie auch wieder in der Rechtsprechung des Reichsgerichts solche Zusammenhänge in der Tendenz sehr leicht sich nachweisen lassen.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird mit Recht in der Schrift im Hinblick auf die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung als eine Bedingung der freien wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiter erachtet. Was bleibt von diesem Recht noch übrig, wenn wir uns die Machtmittel der Unternehmerorganisationen, die hier im einzelnen aufgezählt werden, bergeschwängert, um die Organisation der Arbeiter zu bekämpfen. Das Kapitel darf mit zu den interessantesten gerechnet werden, die die Schrift enthält. Es werden hier an der Hand eines authentischen Materials alle die vielfachen Mittel aufgeführt, die von den Schamachern zur Bekämpfung der Gewerkschaftsorganisationen benutzt werden. Es wird die Invasionsakte als eine Legitimation benutzt, um den Arbeiter, der aus dem Streikgebiet kommt, die Einstellung zu verweigern; die Zustimmung verweigert ihre Arbeiter mit dem sogenannten Verbandsbuch, das nichts anderes ist, als die offene Führung einer schwarzen Liste; und die Arbeitsnachweise werden zu Nachrichtenbüros. Zahlreich sind die angeführten Maßnahmen über den Zwang, den Austritt aus der Gewerkschaft zu verlangen, um andererseits den Eintritt in die gelben Verbände zu erzwingen. Kein Mittel wird unberücksichtigt gelassen, dieses Ziel zu erreichen. Aber nicht nur die privaten Unternehmer, auch der Staat stellt eine gleiche Zumutung an die in jenen Betrieben Beschäftigten. Auch hier ist das Verbot auf der Arbeitstätigkeit verknüpft mit dem Verlangen: Austritt aus der Organisation. Dabei spielt oftmals die Tendenz der Organisation eine untergeordnete Rolle. Man sieht überhaupt in diesen Unternehmungen eine scharfe abweisende Stellungnahme gegen alle Organisationen der Arbeiter, sofern sie nur aus dem Rahmen eines patriotischen Verbandsvereins herausreten.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden sicherlich die vergangenen zwölf Jahre, die eine so große Zahl von Tendenzprozessen aufweisen, keine untergeordnete Rolle spielen,

sie sind schwere Leidensjahre in der Verfolgung und Achtung gewerkschaftlicher Bestrebungen. Die harten Urteile, die oft wegen ganz unbedeutender Vergehen bei Streiks ausgesprochen werden, wirken in ihrer Begründung, die hier im Wortlaut nach den schriftlichen Urteilen wiedergegeben werden, wie eine Aufreizung gegen die kapitalistische Herrschaft. Eng in Verbindung damit steht dann wiederum die Hebertreibung der vollständig verlogenen Mitteilungen in der bürgerlichen Presse über angelegliche Streikvergehen. Auch hier ist eine sehr hübsche Zusammenstellung gegeben, die uns zeigt, mit welchen skrupellosen Mitteln gegen die Gewerkschaften gekämpft wird, ohne daß solche Verleumdungen trotz aller unzweifelhaften Richtigstellungen aufhören, die Munde durch die bürgerliche Presse zu machen. In der Reihe der bürgerlichen Presse und des Reichslügenverbandes gefellen sich dann leider die Angriffe der gewerkschaftlichen Gewerkschaftsorganisationen, die mit Meid auf die harte Entwidlung der freien Gewerkschaften bliden.

Unter dem Reichsvereinsgesetz ist die Mlage über die Handhabung dieses Gesetzes nicht verstummt. Die Versuche der Gerichte, besonders in Preußen, die Gewerkschaften als politische Vereine mit allen ausgefuchten Schwierigkeiten zu belästigen, treiben die fonderbarsten Blüten. Immer wieder wird der Versuch unternommen, in scharfsinniger juristischer Spitzfindigkeit auszufästel, was als politische Betätigung eines Vereins zu erachten ist. Natürlich werden diese Bemühungen nur angeheilt, um den freien Gewerkschaften das Leben sauer zu machen; Unternehmerorganisationen und selbst andere Richtungen der Gewerkschaften haben sich über die Aufmerksamkeit der Justiz nicht zu beklagen. Es ist natürlich nicht möglich, auf das sehr umfangreiche Material, das die Schrift bietet, hier im einzelnen einzugehen. Es wird aber allen, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, als ein gutes Nachschlagewerk dienen können und eine treffliche Information über die verfahrensmäßigen Wege der Rechtsprechung bieten. Nicht eine Beugung des Koalitionsrechts, sondern eine Erweiterung der Rechte und Sicherstellung des Koalitionsrechts gegen die Angriffe mächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen muß die Aufgabe der Gesetzgebung sein. Vor allem fehlt großen Berufsständen, wie Staatsarbeitern, Landarbeitern und Diensthöten, das Koalitionsrecht. Hier müßte erst einmal die Gesetzgebung einsetzen, um das so wichtige Recht der freien Koalition auch für diese Berufsstände herbeizuführen.

**Nahrungsmittelbeschaffung durch die Gemeinden.**

Nach den im Jahre 1907 vom Kaiserl. Statistischen Burea vorgenommenen Erhebungen über Wirtschaftsergebnisse minderbemittelter Familien ergab sich, daß durchschnittlich 45,6 Proz., also fast die Hälfte, des Einkommens für Nahrungsmittel aufgewandt werden. Je niedriger das Einkommen ist, um so höher steigt naturgemäß die Prozentziffer für die Nahrungsmittelbeschaffung, so daß bei dem niedrigsten Verdienst mindestens 60 Proz. in Ansatz gebracht werden müssen, ohne daß dabei eine genügende Ernährung stattfindet. Seit 1907 sind aber die Lebensmittel noch bedeutend verteuert worden, welchen Umstand die Steigerung der Löhne durchaus nicht ausglichen. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hat sich demnach in den letzten Jahren nicht gehoben.

Eine umfassende Durchschnittsberechnung, die sich (nach der Statistischen Korrespondenz des Preussischen Statistischen Landesamts) auf 50 preussische Gerichtsbezirke bezieht, gibt für die Kleinlebenspreise der wichtigsten Fleischsorten für die Jahre 1910 bis 1912 folgendes Bild:

	Preise für 1 Kilogramm im Jahresdurchschnitt				
	Rindfleisch	Kalbfleisch	Lammfleisch	Schweinefleisch	Hühnerfleisch
1910	161	182	172	163	76
1911	168	187	177	149	78
1912	181	197	186	167	82

Abgesehen von Schweinefleisch zeigt die Uebersicht eine stetige Steigerung der Preise aller Fleischarten. Aber diese Fleischart ist 1910 gegenüber auch gestiegen. Silbergleit berechnet die Werteverminderung für den Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1912 gegenüber dem Vorjahre für Rindfleisch auf 1,71 Mk., für Kalbfleisch auf 0,30 Mark, für Lammfleisch auf 0,06 Mk., für Schweinefleisch auf 4,80 Mk., d. i. zusammen 6,90 Mk. Auch die Preise für Roggenbrot, Kartoffeln, Butter, Eier usw. sind in zahlreichen Großstädten beträchtlich in die Höhe gegangen.

Dieser Teuerung finden nun Unternehmer und Gemeinden dadurch zu begreifen, daß sie die Nahrungsmittelbeschaffung besonders Fleisch und Fische in eigene Regale übernehmen und ihren Arbeitern resp. Einwohnern zum Selbstkostenpreise über-

liehen. Die Gewerbeinspektoren berichten fast allgemein, daß die von den Unternehmern getroffenen Maßnahmen gute Erfolge erzielten. Ueber die Erfahrungen der Stadtgemeinden spricht sich Dr. Abeltdorff, Mitarbeiter beim Kaiserl. Statistischen Amt, in Nr. 45 der „Soziale“ u. a. folgendermaßen aus:

In Berlin selbst leitete man die Beschaffung eines nahrhaften und gesunden Erlasses für das Fleisch durch den Bezug von Seefischen ein. Diese wurden durch einen geeigneten Vermittler aus Gochemünde bezogen und nach Prüfung an etwa 60 Fischhändler verteilt. Die Verkäufer waren an besondere Vorschriften gebunden, deren Einhaltung durch städtische Beamte streng überwacht wurde. Im Laufe des Jahres 1912 hat die Stadt Berlin an 81 Tagen im ganzen 9886 Zentner Fische bezogen. Unverkauft blieben etwa 7,5 v. H. der Zufuhr. Nebenlich sind Wilmerdorf, Schöneberg und Charlottenburg vorgegangen. Nachdem die Steigerung der Fleischpreise im Sommer 1912 wesentlich leichtere Bestimmungen für die Ausfuhr von ausländischem Fleische veranlaßt hatte, schloß Berlin mit einem Unternehmer einen Vertrag ab, der ihn verpflichtete, wöchentlich 3000 Zentner Fleisch auf dem Berliner Zentralviehhof unter Zollverschluss für Berlin und 28 Vororte anzuliefern. Ein Drittel der angelieferten Menge entfiel auf die Vororte, von denen jeder für sich den Vertrieb im kleinen regelte. In den Monaten Oktober, November und Dezember sind von dem eingeführten russischen Fleische zum Verkauf herausgegeben worden:

	Rindfleisch	Schweinefleisch
in den Markthallen . . .	1 154 854 Pfd.	928 101 Pfd.
an Konsumvereine . . .	284 070 "	281 970 "
an Ladenschlächter . . .	118 402 "	126 127 "
an die Vorortgemeinden	549 236 "	506 687 "
	2 106 562 Pfd.	1 842 785 Pfd.

Daß das Fleisch meist den ärmeren Klassen zugute gekommen ist, zeigt z. B. eine Zusammenstellung der Stadt Potsdam, nach der 70 v. H. des beschafften Fleisches in kleineren Mengen für Einzelbeträge bis zu 2 Mk., 15 v. H. für Beträge von 2-3 Mk. und nur 12 v. H. für solche über 3 Mk. verkauft worden sind.

Die Stadt Königsberg bezog im Herbst und Winter 1912 russisches Rind- und Schweinefleisch im großen und gab dasselbe zu bestimmten Tagen und Stunden durch einheimische Fleischer zu etwas niedrigeren als den Marktpreisen ab. Von hier weiteren Stadtverwaltungen im Regierungsbezirk wurden Seefische im großen bezogen und zum Selbstkostenpreise von 20 bis 26 Pf. verkauft. Danzig und Elbing haben neben dem seit einigen Jahren eingeführten Verkauf früher Norddeutsche auch russisches Schweinefleisch bezogen, welches gern gekauft wurde. Auch Posen ließ russisches Fleisch verkaufen, während Tilsit sich damit begnügte, für etwa 100 Arbeiterfrauen einen Nachkurs einzurichten, in welchem ihnen beigebracht wurde, mit geringen Mitteln nahrhafte Gerichte herzustellen. Im Regierungsbezirk Bromberg gingen auch kleinere und größere Gemeinden dazu über, Lebensmittel im großen zu beschaffen, um den Lebensunterhalt der Arbeiterbevölkerung nach Möglichkeit zu verbilligen. Fleisch und Fische konnten die minderbemittelten Klassen in Mengen bis zu 4 oder 5 Pfund; sie erzielten hierdurch eine Ersparnis von etwa 20 v. H. des üblichen Ladenpreises.

Im Bezirk Düsseldorf wurden die Fleischpreise durch die bedeutenden Mengen von Fleisch, welche fast von allen größeren Gemeinden bezogen wurden, zeitweise um durchschnittlich 15 bis 20 Pf. für das Pfund ermäßigt.

Dr. Abeltdorff bespricht ferner das Wirken der Konsumvereine für Beschaffung billiger Nahrungsmittel und fährt dann fort:

„Ebenso wie in Deutschland haben auch zahlreiche Gemeinden in Oesterreich und in der Schweiz Kartoffeln im großen eingekauft und im kleinen ohne Zwischenhandels Gewinn verkauft. In den genannten Ländern und in Italien wurden auch Kohlen durch Gemeinden verkauft. Professor Millaud-Genf berichtet auch, daß in Italien viele Stadtgemeinden dauernde Schlachthäuser geschaffen haben, ebenso russische Städte und die Stadt Budapest. Wir finden auch iradische Vädereien, sei es, daß diese wie in Budapest direkt an die Konsumenten verkaufen, sei es, daß sie wie in Verona einerseits an die Konsumenten, andererseits an Detailhändler verkaufen und diese auf eine feine Gewähr des Weiterverkaufs schließen. Mehrere deutsche Städte haben städtische Depots und Verkaufsstellen für Milch eingerichtet, z. B. Baden, Mannheim, Freiburg, Wiesbaden. Diese ganze Bewegung ist jungen Datums. Sie greift, wie gesagt, schnell weiter um sich und bringt der Bevölkerung neben der Preisermäßigung auch einen weiteren bedeutenden Vorteil, nämlich: Verbesserung in der Qualität der Produkte, ein wichtiges Moment für die Volksernährung, die nur zu oft eine starke Unterernährung aufweist.“

Wir können diese Entwicklung nur begrüßen, sie bringt uns ein gutes Stück vorwärts auf dem Wege zum Kommunalsozialismus

## Unterstützt die genossenschaftliche Eigenproduktion!

Die Erkenntnis des Wertes und der Bedeutung der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist noch nicht besonders tief in die Kreise der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingedrungen. Wohl haben sich die Gewerkschaftsengriffe wiederholt mit dieser Frage befaßt, wohl sind von Gewerkschaften und Genossenschaften Vereinbarungen darüber geschlossen worden, daß sowohl im Interesse der produzierenden als auch der konsumierenden Arbeiter die Erzeugnisse aus Heim- und Zuchtbaubetrieben beim genossenschaftlichen Einkauf von Waren nach Möglichkeit ausgeschaltet werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Genossenschaftsbetrieben vorbildliche sein sollen — aber an der Hauptfrage haben's noch ganz gewaltig — an dem Verständnis für das soziale Nutzen der Genossenschaften in den Kreisen der Arbeiter selbst.

Als bedauerliche Tatsache muß leider immer und immer wieder konstatiert werden, daß ein großer Teil von Arbeitern von dem Charakter der genossenschaftlichen Organisation nicht das geringste Verständnis hat; in den freien Gewerkschaften organisiert sind aber 2½ Millionen Arbeiter, die Mitgliederzahl der Monnsumvereine des Gesamtverbandes beträgt rund 1½ Millionen. Von diesen sind aber nur circa 77 Proz. Arbeiter in gewerblichen Betrieben. Rechnet man von dieser Zahl noch diejenigen ab, die Mitglied in einer christlichen oder sonstigen Tünderischen Gewerkschaft oder überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert sind, so dürfte sich als Fazit ergeben, daß von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften noch lange keine Million Mitglieder von Monnsumvereinen sind.

Nur den Umfang der Monnsumvereine entscheidend ist aber nicht allein die Zahl ihrer Mitglieder. Erfahrungsgemäß artet es unter diesen recht viele Papierföldaten, die ihre Waren anstatt im Monnsumverein zu einem großen Teil bei der privatkapitalistischen Monturerei kaufen. Der Monnsumverein aber ist das, wozu die Arbeiter durch ihren Einkauf von Waren ihn machen, seine soziale Wertigkeit wird eine eng begrenzte sein und bleiben, wenn die Klassen des Volkes von ihm in nur geringem Maß ihre Waren- und Bedarfsartikel beziehen. Auch ledige Personen können im Monnsumverein recht viele Waren kaufen. Die genossenschaftliche Eigenproduktion bedeutet also für die in ihr tätigen Arbeiter eine wesentliche Erhöhung ihrer Lebenshaltung.

Nur den prinzipienfesten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, der der Ausbeutung durch Zuchtbaus- und Heimindustrie, durch Hungerlöhne entgegenwirken will, erwacht die Pflicht, die genossenschaftliche Eigenproduktion zu unterstützen.

Aber in jedem produzierenden Arbeiter steckt auch ein Monument! Und hier beginnt der Widerstreit der Interessen! Der Monnsum und Arbeiter wird, wenn wir ihm die Vorteile der genossenschaftlichen Eigenproduktion für die bei ihr bediensteten Arbeiter schildern, vielleicht sagen: „Alles schön und gut — für mich als Monnsum ergibt sich daraus aber das Resultat, daß ich für die genossenschaftlich hergestellten Waren eventuell mehr bezahlen muß als für die der Privatindustrie“. Und wenn er es auch nicht sagt, so wird er doch denken, große Karren mit schönen feintären Einrichtungen kosten auch schönes Geld, zu den höheren Löhnen kommen noch die übrigen Benefizien: Ferien, Zahlung der Beiträge für Versicherungszwecke, Pensionsfonds usw.; wer bezahlt das alles? So doch dürfte doch der Unternehmergewinn auch war sein, daß durch dessen Auszahlung dieses erhebliche Plus an Zurechnungen für die Arbeiter ausgeglichen wird. Das alles muß doch in dem höheren Preise für die Waren wieder zum Ausdruck kommen.

Bis zu einem gewissen Grade hat der so argumentierende Monnsum zweifellos recht. Aber nun kommen wir zu des Rubels Kern, zu der Frage, wie der Arbeiterkonsumt handelt in sich. Lohn- und Arbeitsbedingungen, sanitäre Einrichtungen, wie sie bei der Großkaufgesellschaft eingeführt sind, hat die Privatindustrie bisher beharrlich abgelehnt einzuführen. Durch Unterstützung der Privatindustrie werden wir niemals eine Umbildung der kapitalistischen Produktion herbeiführen, durch Unterstützung der genossenschaftlichen Eigenproduktion schaffen wir bleibende kulturelle Werte, begründen wir dauernd und fest die wirtschaftliche Macht des arbeitenden Volkes! Die genossenschaftliche Eigenproduktion ist der Anfang einer Sozialisierung unserer heutigen Produktionsverhältnisse!

Es zeigt sich, daß die genossenschaftliche Eigenproduktion unter den heutigen Verhältnissen nur möglich ist in enger Verbindung mit dem organisierten genossenschaftlichen Monnsum! Aber noch auf einen weiteren Umstand müssen wir hinweisen. Mit den Mehrleistungen für die Arbeiter in der genossenschaftlichen Eigenproduktion ist die Grenze sehr leicht erreicht, wenn nicht ein

Moment ausgleichend hinzutritt — die fortgesetzt wachsende Unterjüngung derselben durch die arbeitende Klasse. Nur bei einem sehr großen Umsatze wird es möglich sein, die Interessen der Produzenten und der Konsumenten gleichzeitig zu wahren. Je größer der Umsatz, desto geringer prozentual die allgemeinen Unkosten! Wenn in Fabriken, in denen für 1500 Arbeiter Platz ist, nur 1000 beschäftigt sind, sind die Kosten verhältnismäßig zu hoch. Daraus folgt, daß wer die genossenschaftliche Eigenproduktion als ein Mittel wertet, um durch sie schreiende Mißstände in der Privatindustrie zu bekämpfen, sie durch den Kauf von Genossenschaftswaren unterstützen muß!

In der Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die genossenschaftliche Eigenproduktion sind aber in erster Linie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter interessiert; für sie bedeutet das Waschen der genossenschaftlichen Eigenproduktion eine Verrückung der gewerkschaftlichen Organisation, nicht nur durch die Leistung der Genossenschaftsarbeiter, für welche bei Anerkennung der von Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffenen Anstalten (Zustand, Schiedsgerichte, Ausgaben für Streiks nicht erwachsen können, sondern vor allem deshalb, weil durch die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Genossenschaftsfabriken ein Ansporn gegeben ist, diese auch in der Privatindustrie zu erkämpfen.

In Deutschland ist mit der genossenschaftlichen Eigenproduktion erst ein bescheidener Anfang gemacht; die Großkaufgesellschaft begann damit im Jahre 1910. Sie erzielte in diesem Jahre bei ihren in ihren eigenen Fabriken hergestellten Waren einen Umsatz von 29 Millionen Mark. 1912 betrug der Umsatz schon 79 Millionen Mark; die Zahl der von ihr in ihren Betrieben (Zigarren-, Kautschuk-, Seifen-, Zündholzfabriken) beschäftigten Arbeiter betrug 1912 1235 Personen. Die Zahl der bei der örtlichen Eigenproduktion der Monnsumvereine (Bäckereien, Schlächtereien) Beschäftigten ist von 1903 bis 1912 von 900 auf 3875 Personen, der Umsatz in selbsthergestellten Waren in dieser Periode von 12,7 auf 83,9 Millionen Mark angewachsen. Dazu kommt dann noch die Eigenproduktion der Arbeitergenossenschaften mit einer Arbeiterzahl von 796 und die der Verkaufsgesellschaft mit 377 Personen, so daß die Gesamtzahl der in genossenschaftlicher Eigenproduktion Beschäftigten im Jahre 1912 6283 Personen betrug.

Wenn man auch anerkannt werden muß, daß wir in Deutschland im letzten Jahrzehnt auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Eigenproduktion nichtfortschrittliche gemacht haben, so bleiben wir doch gegenüber Großbritannien, wo im Jahre 1912 in Genossenschaftsbetrieben schon 50.091 Arbeiter beschäftigt waren, weit zurück. Um im schnelleren Tempo vorwärtszukommen, ist es dringend erforderlich, daß in den Gewerkschaften eine größere Propaganda für die Genossenschaftsarbeit getrieben, den Monnsumvereinen mehr Mitglieder zugeführt und diese zu treuen Genossenschaftlern herangebildet werden. Die Stärkung des eigenen Genossenschaftsvermögens ist ebenfalls äußerst notwendig; die organisierten Arbeiter müssen in den Generalversammlungen der Monnsumvereine gegen die „Dividendenfeinde“ und für Wehrung der Interessen eintreten.

Was wollen wir mit der genossenschaftlichen Organisation? Lediglich gegen die Vertierung der Waren durch die Zerstückelung des Einzelhandels wirken? Wir wollen mehr — wir wollen gegen die Ausbeutung der produzierenden und konsumierenden Menschheit seitens des kartellierten Großkapitals einen Damm errichten, wir wollen die kapitalistischen Ringe zur Auspöcherung des Volkes sprengen. Das ist keine leichte Aufgabe — aber daß wir es können, beweist der Sieg der Monnsumvereine in Deutschland im Kampfe gegen die Preisdistatur der Markenartikelabrikanen, beweist die Sprengung des Seifenringes durch die genossenschaftlichen Seifenfabriken in Großbritannien.

Täglich tritt man sich in Versammlungen und in der Presse über die Tattatur der Regierungen und der Behörden, die ihren Arbeitern und Angestellten das freie Koalitionsrecht wehren, ja, ihnen verbieten, ihre Lebensmittel und Bedarfsartikel dort einzukaufen, wo sie diese am billigsten und besten bekommen — in den Monnsumvereinen. Aber die übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wer zwingt denn die, tagen tagaus ihre sauer verdienten Groschen den Händlern ins Haus zu tragen und sich dadurch selbst den Weg zur Aufwärtsentwicklung des arbeitenden Volkes, zur Erringung von wirtschaftlicher Macht zu sperren? Indifferentismus, Bequemlichkeit, Energielosigkeit der großen Massen — das sind die Feinde der Sache des Volkes, gegen sie muß der Kampf besser geführt werden. Die Elitetruppen voran! Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, lauft euren ganzen Bedarf in den Monnsumvereinen!

H. von Elm.

### Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1912.

Das Jahrbuch der internationalen Gewerkschaftsbewegung für 1912 konstatiert in seinem Vorbericht, daß die Zahl aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den 19 Ländern, welche dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu Beginn des Jahres 1912 schon angehörten, im Berichtsjahre von 11 435 498 auf 12 365 103 gestiegen ist. Davon entfallen auf Großbritannien wie im Vorjahre 3 010 346 (da neuere Angaben fehlen), Deutschland 3 317 271 (3 061 002), Vereinigte Staaten und Kanada 2 496 000 (2 282 361), Frankreich 1 064 419 (1 029 238), Italien 860 502 (709 943), Österreich 534 811 (496 263), Belgien 231 805 (189 455), Niederlande 169 114 (153 689), Dänemark 139 012 (128 224), Schweden 121 806 (116 700), Ungarn 111 966 (95 180), Spanien 100 000 (80 000), Schweiz 86 313 (78 119), Norwegen 60 975 (53 830), Finnland 23 839 (19 640), Rumänien 9708 (6000), Kroatien-Slawonien 6783 (5761), Bosnien Herzegowina 5522 (5587) und Serbien 5000 (4337). Rechnet man dazu die Gewerkschaften in Süd Afrika mit rund 100 000, in Neu-Seeland mit 60 600, Australien mit 433 200 und Bulgarien mit rund 10 000 Gewerkschaftsmitgliedern, so ergibt sich, daß ohne Rußland, Süd Amerika und ohne die national-landesüblichen Organisationen insgesamt 12 971 903 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden sind.

Von diesen waren dem Internationalen Gewerkschaftsbunde 1904: 2 378 975, 1907: 4 079 505, 1910: 6 121 711 und Anfang 1913: 7 394 461 Mitglieder angegeschlossen. Dazu kommen noch die Gewerkschaften des Transvaal und in Neu-Seeland, die im Jahre 1913 ihren Beitritt beendeten. Auch die Gewerkschaften des australischen Kontinentes dürften bald einen solchen Beitritt finden, so daß die Zahl der im Internationalen Gewerkschaftsbunde vereinigten Gewerkschaftsmitglieder dann rund 8 Millionen beträgt. Auf die einzelnen Landeszentralen innerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes entfallen davon: Deutschland 2 553 162, Vereinigte Staaten und Kanada 2 054 526, Großbritannien 574 281, Österreich 425 068, Frankreich 357 000, Italien 220 912, Belgien 116 082, Ungarn 111 966, Dänemark 107 067, Spanien 100 000, Schweiz 86 313, Schweden 85 522, Niederlande 61 535, Norwegen 60 975, Finnland 23 839, Rumänien 9708, Kroatien 5538, Bosnien 5522 und Serbien 5000.

Nur für 14 Länder z. B. wird die Zahl der organisationsfähigen Arbeiter angegeben. Sie beträgt in den Vereinigten Staaten 22 241 028, in Großbritannien 15 361 146, in Deutschland 13 591 291, in Italien 7 787 196, in Ungarn 2 268 512, in Belgien 2 041 000, in Holland 906 648, in Schweden 819 000, in der Schweiz 800 000, in Finnland 450 000, in Dänemark 439 008, in Norwegen 229 200, in Rumänien 163 800, in Serbien 40 000.

Die Jahreseinnahme und -ausgabe aller Gewerkschaften betrug in den berichtenden Ländern 180 bzw. 144 Millionen Mark. Der Massenbeitrag in 13 Ländern sogar 240 Millionen Mark. Die meisten Zahlen die Angaben besonders aus Frankreich, Spanien, Vereinigten Staaten usw.

Bei den Sonderberichten der einzelnen Landeszentralen läßt gleich der Bericht aus Großbritannien erkennen, daß die dortige Gewerkschaftszentrale eine Landeszentrale im kontinentalen Sinne nicht ist. Sie gehören weniger als ein Viertel der angliken Gewerkschaften an, und für diese ist sie in der Hauptsache nur eine Streikführervereinigung. Neuerdings unternimmt sie eine sehr aktive Tätigkeit durch die sozialistische Förderung der Verschmelzungsversuchungen unter den zahlreichen Gewerkschaften in einzelnen Berufen. Dazu sind seit dem Inkrafttreten der staatlichen Arbeiterversicherung weitere wichtige Aufgaben gekommen. Auf Grund dieses Gesetzes sollten anfangs nur die Gewerkschaften als Versicherungsträger gelten. Der Widerstand mancher Gewerkschaften gegen die Weisung überhaupt heraus dann die Realisierung, alle Versicherungsvereinigungen ebenfalls als Versicherungsträger gelten zu lassen, so daß dem Arbeiter, der nicht die unmittelbare Versicherung durch die Vor bezahlt, nur die Wahl blieb, entweder seiner Gewerkschaft beizutreten oder sich bei einer Versicherungsvereinschaft zu verbinden. Mehr wie zehn Millionen Arbeiter waren - wenn auch zunächst nur für die Versicherungsabteilung - für die Gewerkschaften bei geschicktem und einigem Fargelien zu gewinnen gewesen. Das Sachde der Gewerkschaftsbund vergebens bestreben können. Seine Bemühungen idenifizieren an dem großen Widerstand, das mit einer Folge der Versplitterung und Zerfallens in den einzelnen Gewerkschaften ist, und ruhmreich richtete er allen eine Versicherungsbereitschaft für die angliken Gewerkschaften ein. Aber auch von diesen hat sich wieder nur ein Teil dazu entschlossen

können, einer Zentralkasse beizutreten. Die Folge ist natürlich, daß die privaten Versicherungsvereinschaften durch entschiedenes und geschicktes Vorgehen viele Millionen von Arbeitern als neue Versicherte gewonnen, während den Gewerkschaften statt der möglichen 3 oder 4 weniger wie eine Million neuer Mitglieder zufließt.

In dem französischen Bericht ist interessant das Kapitel: „Gegen den Krieg.“ Es wird da berichtet, daß man anlässlich der durch den Balkankrieg heraufbeschworenen Gefahren gemeinsam mit den Gewerkschaften der interessierten Länder Kundgebungen gegen den Krieg in den Hauptstädten veranstalten wollte. Diese aber lehnten ab, da ihre inneren Verhältnisse eine offizielle Beteiligung an solchen politischen Manifestationen nicht gestatten. Darauf beriefen die französischen Gewerkschaften einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß ein, der trotz der kurzen Einberufungsfrist sehr zahlreich besetzt war. Der Kongreß beschloß, bei Ausbruch eines Krieges in den Generalstreik zu treten. Ferner wurde für den 16. Dezember ein 24stündiger Demonstrationstreik gegen den Krieg beschlossen. Dieser wie auch die damit verbundene großzügige Agitation im ganzen Lande haben zweifellos dargetan, daß die französische Arbeiterschaft jeden Krieg auf das tiefste verabscheut. Zum ersten Male wird eine eigene Hebericht über die Streikbewegung gegeben. Sie bedarf noch des Kräftehaues, doch schon jetzt ergibt man, daß die berichtenden Gewerkschaften in 15 Verufen im Berichtsjahre fast 2 Millionen Franken, wovon der größte Teil auf die Gewerkschaft der Chausseure entfällt, aufwandten.

Belgien kann über eine erfolgreiche Mitgliederzunahme, von 77 000 auf 116 000, berichten, doch scheint auch bei der geschilderten gegnerischen Organisation, bei den von einem Jesuitenpater geleiteten „Christlichen Gewerkschaften“, ein ähnlicher Fortschritt eingetreten zu sein. Diese behaupten, daß ihre Mitgliederzahl von 55 000 auf 82 000 gestiegen sei. Da sie aber konsequent die Veröffentlichung jeder Statistik, welche eine Nachprüfung dieser Zahlen gestatten würde, unterlassen, so braucht man dieselben auch nicht gar zu ernst zu nehmen. Typisch ist in der belgischen Gewerkschaftsbewegung das Streben nach starken Zentralverbänden. Im Berichtsjahre wurden nicht weniger wie 7 lose Föderationen in Zentralverbände umgewandelt, und es verblieben nur noch 8 Verufe, die zu solch engem Zusammenschlüsse noch nicht gekommen sind.

Neben der Zentrale der modernen Gewerkschaften gibt es in Holland zwar noch ähnliche Zentralkörper für die „anarchistischen“, „christlichen“, „römisch-katholischen“ und „neutralen“ Gewerkschaften, aber die Entwicklung der letzteren ist dadurch nicht aufzuhalten, so sehr auch diese unglückliche Zersplitterung auf die Verhältnisse allgemein wirken muß. Während ihr 1907 erst 20,33 Prozent aller in Holland gewerkschaftlich organisierten Arbeiter angehörten, war diese Zahl 1912 schon auf 30,86 Proz. gestiegen.

Aus Dänemark bringt der Bericht eine besonders interessante Statistik über die Arbeitszeit aller organisierten Arbeiter, die hier wiedergegeben sei:

Länge der täglichen Arbeitszeit	1911		1912	
	Zahl der Arbeiter	Prozent	Zahl der Arbeiter	Prozent
Unter 8 Stunden . . . . .	318	0,31	496	0,39
8 Stunden . . . . .	6 199	6,13	6 272	5,11
8 1/2 Stunden . . . . .	1 965	1,94	3 365	2,74
9 Stunden . . . . .	21 287	21,06	32 618	26,57
9 1/2 Stunden . . . . .	31 865	31,56	46 309	37,73
10 Stunden . . . . .	36 478	36,12	28 071	22,47
Über 10 Stunden . . . . .	2 908	2,88	5 631	4,59
Gesamtzahl . . . . .	100 796	100,00	122 752	100,00

Es war zu erwarten, wo die Ereignisse des Jahres 1909 lange auf der Arbeiterbewegung lahierten, kann wieder von ermunternden Fortschritten berichtet. Obwohl hier die Unternehmerorganisation eine Entschärfung und Anaristitut zeigt, wie kann in einem anderen Lande, konnten die Gewerkschaften im Berichtsjahre nicht weniger als 29 Angerichtsbegehren mit 17 849 Beteiligten führen, während sie 41mal in Anwerbsbegehren mit 3358 Beteiligten verurteilt waren. Für 420 000 Mitglieder wurde eine Arbeitszeiterhöhung von 14 381 Stunden pro Woche und für 593 000 Mitglieder eine Lohn-erhöhung von durchschnittlich 205 Marken erzielt. Dabei wurden nach Anaristitut ansgen 191, nach Anwerbsbegehren 32 Kollektivverträge abgeschlossen, davon insgesamt 19 nach Ausprägungen. Das soll in keinem Sinne zur Genüge, daß die schwedischen Gewerkschaften ihre alte Zielsetzung wiedergewonnen haben.

In Dänemark laidet die Arbeiterbewegung immer mehr unter dem wachsenden Einfluß, der nach und nach jede fortschrittliche Bewegung zu erlösen droht. Das reaktionäre Unternehmertum

wacht sich diese Strömung nochmal gerne zumbe in seinem Widerstande gegen die Gewerkschaften. Trotzdem war es diesen sogar möglich, auf dem Gebiete der Tarifverträge vorwärts zu kommen. Am Jahresabschluss bestanden 104 Tarifverträge für 298 Betriebe mit 13 148 Arbeitern, eine unter diesen Umständen recht ansehnliche Zahl. Somit aber scheinen für die finnischen Arbeiterorganisationen schwere Zeiten im Anzuge zu sein, denn es wagt der russischen Zentralregierung schon lange nicht mehr, daß in dem als russische Provinz betrachteten Finnland die Arbeiter sich mit Erfolg gewerkschaftlich und politisch betätigen.

Die Landeszentrale der Gewerkschaften in Oesterreich berichtet einen Verlust von etwas über 5000 Mitglieder. Derselbe ist nicht nur auf die verübte Reaktion und auf heftige Kämpfe gegen das immer geschlossener auftretende Unternehmertum zurückzuführen, sondern auch auf den bedauerlichen Abfall gewisser tschechischer Arbeitergruppen.

Die Arbeiterchaft Ungarns durchlebte 1912 eine der ungünstigsten Perioden ihrer Geschichte. Das Land machte eine durch den Krieg in den Nachbarstaaten geförderte wirtschaftliche Krise durch, die zu einer großen Arbeitslosigkeit führte, so daß einzelne Städte sich gezwungen sahen, den Massenelend aus öffentlichen Mitteln Unternehmungen zuzulassen zu lassen. Trotzdem wuchsen die Gewerkschaften über das erste Hunderttausend hinaus. Beliebt wurde die Bewegung durch den prächtigen Wahlrechtskampf, den die Arbeiterpartei führte und in dem die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit allen Kräften teilnahmen.

In Italien sind zwei Drittel aller Arbeiter in der Landwirtschaft und nur ein Drittel in der Industrie beschäftigt. Organisiert sind 405 000 Arbeiter der Landwirtschaft und 472 000 Arbeiter der Industrie. Davon gehören 639 000 oder 74,3 Proz. den freien Gewerkschaften, 108 021 oder 12,6 Proz. den katholischen Verbänden und 112 000 oder 13,1 Proz. freien unabhängigen Verbänden an. 320 000 Mitglieder der freien Gewerkschaften gehören der Landeszentrale an. Einer insofern gegründeten internationalistischen Zentrale sollen auch rund 100 000 Mitglieder angeschlossen sein.

In Rumänien sind von 1 100 000 Industriearbeitern 570 000 organisiert. Zwar war die Mitgliederzahl schon auf 14 000 gesunken, aber infolge von Streik und Krieg ging sie wieder zurück. Am bedauerlichsten ist der Verlust der Eisenbahnerorganisation, die schon 18 700 Mitglieder zählte. Sie wurde durch ein Verbot verhindert, das einer liberalen Regierung sein Entzügen verordnet und das allen Staatsarbeitern das Koalitionsrecht nahm.

Von den internationalen Periodeorganisationen sind die größte Mitgliederzahl die internationale Verbindung der Metallarbeiter auf, und zwar 1 100 000. Dann folgen die Transportarbeiter mit 881 000, die Holzarbeiter mit 300 000, die Metallarbeiter mit 298 000, die Radfahrer mit 137 451, die Eisenarbeiter mit 130 862, die Schuhmacher und Lederarbeiter mit 105 000, die Zimmerer mit 81 864, die Steinarbeiter mit 75 000, die Maler mit 72 071, die Arbeiter öffentlicher Betriebe mit 72 025, die Fäher mit 68 081, die Buchbinder mit 41 000, die Lithographen mit 37 024, die Buchhalter mit 32 000, die Buchbinder mit 27 200, die Hotel- und Restaurationen mit 26 020, die Zähler mit 20 119, die Tapfer mit 16 114, die Eisenarbeiter mit 15 212, die Maler mit 13 000 und schließlich die Arbeiter mit 12 700 Mitgliedern. Dazu muß eigentlich bemerkt werden, daß die erste Stelle den Körperbauern gehört, die rund 1 1/2 Millionen Mitglieder zählen sollen. Von ihnen war eine Organisation der Streik nicht empfangen, ebensowenig von den Textilarbeitern mit rund 600 000 Mitgliedern, von den Schneidern mit rund 100 000, von den Textilarbeitern mit rund 70 000, von den Zimmern und Holzhandwerkern mit je rund 20 000 Mitgliedern. Insofern gehören also schon rund 1 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern den internationalen Periodeorganisationen. Die meisten sind dem internationalen Periodeverband der Holzarbeiter, der sich auf 20 Länder erstreckt. Die Radfahrer sind in 17, die Transportarbeiter in 17, die Steinarbeiter in 16, die Zimmerer und die Lithographen in je 15, die Eisenarbeiter in 14, die Fäher, die Buchbinder und die Schuhmacher und Lederarbeiter in je 13, die Maler in 10 und die Arbeiter öffentlicher Betriebe in 8 Ländern dem internationalen Sekretariat angeschlossen.

Diese letzten Auszüge zeigen, wie in allen Bereichen und Ländern die Arbeiterchaft sich zu Schug und Trug zusammenschloß und wie erfolgreich in ihre Organisationen im Sinne des Sozialismus und der Masse zu verzeichnen besteht.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Der sozialdemokratische Parteivorstand veröffentlichte unter dem 2. April folgendes: „Die rote Woche hat der Partei große Erfolge gebracht. Bis heute sind bei uns 140 000 neue Mitglieder für die Parteioorganisation und 82 337 neue Abonnenten für die Partei. Große Freude gemeldet worden! Das Werden unserer Gegner von dem Stillstand oder gar Rückgang der Sozialdemokratie wird glänzend widerlegt durch diese Zahlen. Der große Erfolg der roten Woche hätte nicht erreicht werden können ohne die geradezu glänzende Unterstützung durch unsere Presse und die überaus fleißige Arbeit der Organisationen. Die Genossen und Genossinnen, die in so anerkannter Weise die rote Woche vorbereitet haben und dann unermüdet von Haus zu Haus geeit sind, um für die Partei zu wirken, finden in dem Erfolg den besten Lohn für ihre Tätigkeit. Auf sie neue ist jetzt zu setzen, daß bei planmäßiger und intensiver Kollektion noch zehntausende von Arbeitern für die Partei gewonnen werden können. Diese Entschlossenheit wird die Organisationen einnehmen, auch ohne Anhang von der Zentrale aus immer wieder mit der Vorbereitung einzusetzen. Was es sich um ein kommunalpolitisches Vorhaben, um Kampfe auf wirtschaftlichem Gebiete oder um allgemein politische Fragen handelt, jede Situation muß für die Partei ausgenutzt werden, muß der Organisation neue Mitglieder, der Parteipresse neue Abonnenten bringen! Die neu gewonnenen Mitglieder zu kostenbewußten Sozialdemokraten zu erziehen, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Nachsicht verdient die Haltung vieler Organisationen, den neu gewonnenen Mitgliedern die von Staat und Sozialland verordneten „Erläuterungen zum Erklärungsprogramm“ oder andere entwürdigende Schritte unentgeltlich auszuhandeln. Von Zeit zu Zeit müssen belehrende Vorträge gehalten werden, die das Interesse der jüngeren und neu gewonnenen Mitglieder zu wecken bestimmt sind. Die Themen sind diesem Zweck entsprechend zu wählen. Erfahrungsgemäß sind früher viele Mitglieder deshalb wieder verloren worden, weil die Art der Parteierziehung mangelhaft gewesen ist. Dieser Frage muß von den Organisationen die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wer brauchen nur auf die politisch zugespitzte Situation hinzuweisen: auf die immer zahlreicher auftretende Militärkristallisation; auf die Vorträge der Sozialdemokraten, das Koalitionsrecht zu verhindern; auf die Abhören der Landeskammern, die es zum ersten Male mit einer der Menge verfahren wollen — um alle Genossen den ganzen Ernst der Zeit erkennen zu lassen. An jeder Zeit darf es keine Mäße in der Parteiarbeit geben; deshalb Genossinnen und Genossen, erretet aus Euer! Seid pünktlich bewahrt und unermüdet!“

• Wäflerbauerarbeiter •

Teggenborn. Eine gut besuchte Versammlung der Wäflerbauerarbeiter tagte am 26. März in der Mollerei Wäflerbauers in der Organisation der Arbeiterausbildung. In der Tagesliste wurde erste Stelle auf dem Gebiete des Bauwesens gesetzt. Anlaß hierzu gab das Nichterhalten der neu geschaffenen Arbeitsordnung. Die Arbeiterschaft hat Empörungsgelagen vor, während das Bauamt den Arbeitern diese zulegen vorenthalte. Mollerei Wäflerbauer konnte zur Klärung der Sache nicht beitragen, als er die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bauleitung und dem Bauamt bekanntgab, wobei die Versammlung in heftigster Ausdrucksform bekannt wurde, daß es 3 Ecken Industrie, die man im Hinblick auf die bedeutende Arbeitslose finden konnte. Mollerei Wäflerbauer konnte am besten die Verhältnisse der Mollerei auch in aller Klarheit weiterleben.

Stellung. In der gut besetzten Wäflerbauerarbeiterversammlung vom 26. März referierte Mollerei Wäflerbauer über die Organisation der Arbeiterausbildung. Mehrere Voraussetzungen waren das Ergebnis der schon verlaufenen Versammlung. Wichtig wurde der Zeit unserer Organisation anerkannt, was auch darauf zum Ausdruck kam, daß sich die Mitgliederzahl im Steigen befindet, während die deutsche Organisation von der Bauindustrie nicht mitgenommen wird. Die Mollerei haben die Wäflerbauer ihrer bestmöglichen Scherben ist, ganz anders als das Bauamt Teggenborn können es zu den sozial fortgeschrittenen zählt. Dessenfalls wenn man auch die noch bestehenden Mollerei in Stellung und Umgebung bald ein, daß ihr Platz nur im Verband der Gewerkschafts- und Staatsarbeiter sein kann.

Notizen für Gasarbeiter

Die Berliner Gasindustrie. Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Dr. Erich Zimmermeister...

Nicht nur Köpfer, sondern auch Industriellen haben das, was man „Freiige“ nennt. Von allen deutschen Industrien...

darin, daß durch einen kleinen, sinnreichen Mechanismus an jeder Lampe, der durch eine Trachtwelle...

Über uns im folgenden ist nur die Gasergzeugung bei Berliner nächtlichen Werte, nicht die der englischen Gasgesellschaften...

**Aus der Praxis der Arbeiterversicherung**

**Neue Vorschriften über die Invalidenrenten.** Das Nachrichtenamt des Reichsversicherungsamts in Berlin teilt mit: Nachdem das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung in Kraft gesetzt ist und eine Neuverfestigung des Wertes der Sachverhalte stattgefunden hat, sind für eine Reihe von Personen hinsichtlich der Höhe der Invalidenversicherungsbeiträge Änderungen eingetreten, die für Berlin in der folgende im wesentlichen folgende sind. Invalidenrenten sind zu verwenden für: 1. Dienstboten mit freier Station, als solche, die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind 1. männliche (Diener, herrschaftliche Metzger usw.) bei einem Verdienst bis 16,50 Mk. monatlich Renten dritter Klasse zu 32 Pf., bei einem solchen von mehr als 16,50 Mk. bis 46,50 Mk. monatlich Renten vierter Klasse zu 40 Pf., bei höherem Verdienst Renten fünfter Klasse zu 48 Pf.; 2. weibliche bei einem Verdienst bis 25,50 Mk. monatlich Renten dritter Klasse zu 32 Pf., bei einem solchen von mehr als 25,50 Mk. bis 46,50 Mk. Renten vierter Klasse zu 40 Pf., bei höherem Verdienst Renten fünfter Klasse zu 48 Pf.; 3. weibliche bis zum 21. Lebensjahre Renten dritter Klasse zu 32 Pf., vom vollendeten 21. Lebensjahre ab Renten vierter Klasse zu 40 Pf.; 4. Minderjährige eines Erziehers, einer Hausdame, Geschäftsführerin mit freier Station (Hausfrau, Dienstmädchen) a. wenn sie ein eigenes Zimmer haben bei einem Verdienst bis 16,16 Mk. monatlich Renten 4. Klasse bei höherem Lohn folde 5. Klasse, b. wenn sie nicht ein eigenes Zimmer haben bei einem Verdienst bis 11,50 Mk. Renten 5. Klasse bei einem solchen von mehr als 11,50 Mk. bis 41,50 Mk. Renten 4. Klasse, bei noch höherem Lohn Renten 5. Klasse, 5. Hausfrauen und Hausfrauenrenten, Mütter und Säuglingsrenten, wöchentliche Arbeiterinnen bei einem Monatslohn bis 14,50 Mk. einschließlich des Wertes der Steuern Wohnung und Mobiliar erster Klasse bis zu 16 Pf., Stufe 1 der Allgemeinen Ortskrankenkasse von mehr als 14,50 bis 64,50 Mk. Renten dritter Klasse zu 32 Pf., Stufe 2 der Allgemeinen Ortskrankenkasse von mehr als 64,50 bis 94,50 Mk. Renten vierter Klasse zu 40 Pf., Stufe 3 der Allgemeinen Ortskrankenkasse bei noch höherem Verdienst Renten fünfter Klasse zu 48 Pf. Es wird ersicht, dass Personen unter 16 Jahren von der Invalidenversicherungspflicht frei sind.

**Aus unserer Bewegung**

**Gaukonferenz Bremen.** Die Gaukonferenz fand am 20. März in Bremen statt. Der Vorsitz hatte Herr ... Der Bericht über die Verhandlungen war ...

**Gaukonferenz Nürnberg.** Am 20. März fand in Erlangen die Gaukonferenz im ... Der Bericht über die Verhandlungen war ...

gliedern auf 2451 zählende und 2507 budenmäßige Mitglieder ge-  
meinen St. Der Anwartschaft beträgt demnach 385 zahlende und 407  
budenmäßige Mitglieder. 94,6 Proz. aller Mitglieder haben  
während der Verhandlung ihre vollen Beiträge bezahlt. Beiträge-  
sammlungen, Zwangungen und Besprechungen anwesend. Außerdem  
wurden von ihr 71 Eingaben und Gesuche angefertigt. In den  
ersten von der Organisation erfassten Städten sind ca. 2950 Or-  
ganisationsfähige vorhanden. Eine Anzahl kleiner Städte sind  
noch nicht erfasst, so daß im ganzen rund 4000 Organisationsfähige  
im Gau Nürnberg vorhanden sind. Das Finanzwesen im Gau ist  
allgemein gut. Die stoffenbestände aller Ämter betragen sich am  
31. Dezember 1911 auf 1158,50 Mk., am 31. Dezember 1910 auf  
2007,48 Mk. Sie haben sich mithin fast verdoppelt. An Unter-  
stützungen wurden ausgezahlt von der Hauptkasse 3 276,12 Mk.,  
von den Lokalkassen 5192,27 Mk., mithin insgesamt 8468,39 Mk.  
Zuwendungen wurden in fast allen Orten angefordert, deren Er-  
gebnis mit wenigen Ausnahmen als befriedigend zu bezeichnen werden  
kann. Neben einer Gesamtabrechnung von rund 657 000 Mk.  
können auch noch sonstige Verbesserungen erzielt werden, wie Ein-  
führung von Versorgungsstellen, besserer Instandhaltungsbewirtschaftung und  
anderen sozialen Einrichtungen. — In der Diskussion wurde all-  
gemein die Zufriedenheit mit der Tätigkeit des Gauleiters aus-  
gesprochen. Verschiedene Redner gingen ferner noch auf die Ver-  
hältnisse in ihren Ämtern ein, insbesondere diejenigen, die mit  
den „Christlichen“ zu kämpfen haben, die mandata zu ganz sonder-  
baren Wahlen erzielen, um uns in der Bewegung hindern zu  
können. Heber den bevorstehenden Verbandstag referierte der Ver-  
treter des Verbandes, Herr ... Nachdem er  
die Verhandlungsarbeiten des Verbandes erläuterte, ging er  
auf die Grenzstreitigkeiten ein. Er betonte dabei insbeson-  
dere, Wählern, die nicht mehr in natürlichen Betrieben beschäftigt  
sind, seien einzustellen, in den zukünftigen Organisations über-  
zuziehen. Außerdem wurde auch darauf hingewiesen, daß  
alles, was in natürlichen Betrieben geschieht, von unserer Or-  
ganisation erfasst wird, weil wir ja doch durchweg für diese Leute  
die Arbeit zu leisten haben und sie unsere Erfolge mit-  
bestimmen. Auch über diesen Punkt entspann sich eine recht leb-  
hafte Debatte. Es wurden noch eine Anzahl Beschlüsse verhandelt,  
die zum Teil abschließend, zum Teil dem Verbandstag überwiesen  
wurden. Nach einer außerordentlichen Sitzung des Verhandlungs-  
leiters schloß die Sitzung mit einem Hoch auf den Bund  
abgeschlossen. Die nächste Gaukonferenz findet in  
Nürnberg statt.

**Güterfeld.** Am März dieses Jahres wurden die Forderungen der  
Ländlichen Arbeiter auf Lohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung  
in einer geheimen Stimmzettelwahl entschieden. Mit dem Er-  
gebnis, daß die Forderungen der Arbeiter zum drittenmal ab-  
gelehnt wurden. Die Verhandlungen, welche durch die Verkündung  
der Forderungen einleiten sollten, bezogen sich auf die Verkürzung  
der Arbeitszeit um 150 000 Mk. Nach einer für den Ausführender  
ausgegebenen Bescheinigung hätte die Verhandlung jedoch nur etwa die  
Hälfte der obigen Summe betragen, wenn die Forderungen bis  
ins kleinste Detail bewilligt worden wären. Offenbar wurde die  
hohe Summe herangezogen, um die berechtigten Forderungen von  
den Arbeitern für die Verkürzung der Arbeitszeit zu gewinnen. Mit  
Nachdruck auf die Privatindustrie und auf den Großhandel der Steuer-  
pflichtigen Arbeiter der Einwohner wurde beschloffen, die Löhne  
der ländlichen Arbeiter wie folgt zu gestalten:

Lohnklasse	über		ab 1. April	
	I	II	III	IV
I	4,60—5,70	4,80	5,40	5,90
II	4,30—5,20	4,50	5,20	5,70
III	4,10—4,70	4,30	4,90	5,40
IV	3,90—4,40	4,00	4,60	5,10
V	3,50—4,20	3,70	4,30	4,90
VI	2,00—3,30	2,50	3,00	3,70

Außerdem wurden die Gewerkschaften in die 1. die gelehrten  
Gärtner in die 2. Lohnklasse versetzt. Die Helfer der Zentral-  
betriebe wurden von der 1. in die 4. Lohnklasse versetzt. Die  
Steuerbetriebe der Gesamtzahl wurden von der 2. in die 3. Lohn-  
klasse versetzt. Es muß hier bemerkt werden, daß endlich auch  
einmal die Gärtner als gelehrte Handwerker anerkannt und dem-  
entsprechend bezahlt werden. Wie man aber die Verwirklichung  
des Gewerkschaftszweckes will, erweist uns unangenehm,  
es wäre nun zu wünschen, daß derselbe, der diese Verkürzung  
entworfen hat, einmal ein Jahr als Steuerbetriebe tätig wäre. Jeden-  
falls würde es über die Verkürzung der Stunden anders  
urteilen, als es hier geschehen ist. Insbesondere ist es auch, wie sich  
die Steuerbetriebe umziehen für eine solche Verkürzung ent-  
schließen konnte. Wenn die Gewerkschaften auf Grund dieses  
Beschlusses eines solchen Lohnes im Tarif für sich müßten,  
würden sie sich wundern, daß sie nicht in der Lage sind, die  
Löhne der Arbeiter zu erhöhen. Das ist nicht so, das ist  
nicht die Verkürzung nicht, daß die Steuerbetriebe hierzu ja und  
wollen können. Nur wenn man wohl der Verkürzung soll man auf die  
persönliche Verkürzung in Anwendung gebracht werden. Der  
Gewerkschaften ist es nicht, daß sie die Verkürzung der  
Löhne der Arbeiter nicht, sondern, daß die Steuerbetriebe  
nicht mehr einen Lohn von 2,00 Mk. haben, sondern, daß sie den  
Lohn erreicht haben. Wenn sich die Steuerbetriebe und vor



allen auch der Beigeordnete Meisinger die Löhne der anderen Städte in Preussensland mit Ausnahme von Barmen einmal angehen hätten, dann hätte man wohl den Eisenarbeitern solche Löhne gar nicht zugeworfen. Zur Erhöhung der Lohnklassen ist bei sei noch erwähnt, daß die Anwendung der bisherigen Lohnsätze ausdrücklich abgelehnt wurde. Somit haben nur die im Hochlohn stehenden und die unter dem neuen Mindestlohn stehenden Arbeiter mit einer kleinen Lohnzulage zu rechnen. Alle anderen bekommen wie üblich ab 1. April 10 Pf. Alterszulage pro Tag, damit ist die Sache erledigt. Selbstverständlich konnten sich die Arbeiter mit einer berechtigten Erregung ihrer Anträge nicht enthalten erklären. In einer öffentlichen Versammlung, welche zahlreich besucht war, nahmen sie hierzu Stellung. Eingeladen waren sämtliche Stadtverordnete, der Beigeordnete Meisinger und der Direktor der Gasanstalt. Erschienen waren vier Stadtverordnete der sozialdemokratischen Fraktion, drei bürgerliche Stadtverordnete hatten sich nicht beteiligt. Kollege Seinhart-Düsseldorf schilderte die Ausmaßverhältnisse der Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik. Am Hand von einwandfreiem Material wies er nach, daß Eisenfeld und Barmen heute zu den Städten zählen, welche die schlechtesten Löhne zahlen. In der sich anschließenden Diskussion sprachen noch mehrere städtische Arbeiter die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben. So wurde unter anderem auch erwähnt, solange der Beigeordnete Meisinger die Arbeiterfragen zu erledigen habe, seien keine Verbesserungen, wohl aber Verschlechterungen zu erwarten. Auch die Stadtverordneten Hoffmann und Köster rühten das Verhalten der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit und das der Verwaltung in das richtige Licht. In der weiteren Diskussion stellte es sich noch heraus, daß ein Strich-Förderliches Arbeiterausgleichsmitglied eifrig dafür tätig gewesen ist, daß die Eisenarbeiter in eine niedrigere Lohnklasse versetzt wurden. Der gute Mann wollte mit seinem Anhang nicht mit den unglücklichen Eisenarbeitern in einer Lohnklasse sein. Kollege Seinhart-Düsseldorf das Verhalten des Strich-Förderlichen Gewerkschaftsmitglied, indem er sagte: „Das ist „fortschrittliche“ Arbeiterpolitik nach rückwärts.“ Die städtischen Arbeiter erziehen aber hieraus, was sie an dem „Gewerkschaften“ haben. Hier kann nur eins helfen und das ist eine große einheitliche Organisation. Nach dem Schlußwort stimmte die Versammlung einstimmig folgender Resolution zu: „Die im Saale des Meisingers „Zum Reichshof“ zahlreich versammelten städtischen Arbeiter nehmen von der eigenartigen Neuregelung der Lohnverhältnisse Kenntnis. Sie bedauern, daß die berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter schon seit nunmehr fünf Jahren fast stets eine ablehnende Behandlung erfahren haben. Trotzdem die Stadt Eisenfeld eine der Städte in Preussensland ist, welche die schlechtesten Löhne zahlt, kann auch bei der diesjährigen Neuregelung der Löhne von einer Lohnaufbesserung keine Rede sein. Durch die Rücksichtslosigkeit der Verwaltung und Stadtverordnetenschaft der Wünsche der Arbeiter gegenüber, wird die Unzufriedenheit der städtischen Arbeiter bis ins Unermessliche gesteigert. Die Versammelten behalten sich vor, im geeigneten erscheinenden Zeitpunkt ihre berechtigten Wünsche, die trotz der Ablehnung für noch nicht erledigt erklärt werden, mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Um dies zu ermöglichen, geloben sich die Versammelten, mit allen Kräften für den Ausbau einer einheitlichen Organisation der städtischen Arbeiter tätig zu sein und dafür zu sorgen, daß auch der letzte städtische Arbeiter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beigeführt wird.“

**Werra-Neuß.** Nach langen Bemühungen ist es gelungen, den Stadtrat davon zu überzeugen, daß es unter den heutigen Verhältnissen eine unbedingte Notwendigkeit ist, in die Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter eine gewisse Gleichmäßigkeit und Ordnung hineinzubringen. Wohl haben wir in den letzten Jahren wiederholt Lohnzulagen und im vorigen Jahre auch eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden pro Tag erreicht, aber von einer für alle Arbeiter gültigen Regelung der Arbeitsbedingungen blieben wir weit entfernt. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß jetzt endlich das „Unmöglichsteinende“ Ereignis geworden ist. Mit dem 1. April treten eine neue Lohnordnung und die Arbeitsordnung in Kraft. Desgleichen wurde die Schaffung eines Arbeiterausschusses beschlossen. Das Urlaubsdividuum wurde geregelt und ferner auch eine Zahlung geschaffen, durch die den Arbeitern Ruhegeld und ihren Hinterbliebenen Witwen- und Waisenversorgung gewährleistet ist. Die sozialdemokratische Gemeinde-ratsmehrheit hat nun ihr Ende erreicht, sie hat sich bei ihrem Abgang durch die hier erwähnten Beschlüsse bei den städtischen Arbeitern ein gutes Andenken geschaffen. Heber die Wirkung der neuen Lohnordnung wird erst in einiger Zeit das Notwendige gesagt werden können, und sie wird, sowie sie uns vorliegt, auch an dieser Stelle entsprechend gewürdigt werden. An den Kollegen Werra-Neuß wird es nun liegen, das, was sie errungen haben, zu erhalten und weiter auszubauen. Das dieses nur mit Hilfe der Organisation geschehen kann, sollte jedem Kollegen nunmehr klar sein.

**Wüstrow.** Am 1. April fand hier eine gutbesuchte Mitglieder-versammlung statt. Dem Versammlungsrat waren auch zahlreiche Frauen gefolgt. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die An-

wesendem dem Vortrag des Kollegen Loht über: „Die Erfolge unserer Organisation“. Zu begrüßen war, daß in dieser Versammlung auch die Diskussion eine recht rege war. Der Erfolg der Vorbereitung war, daß sich 5 Kollegen aufnehmen ließen. Der stellvertretende wurde mit auf den Weg gegeben, danach hinzuzuwarten, daß sich die Mitarbeiter, die in anderen Organisationen organisiert sind und längere Zeit in städtischen Betrieben tätig waren, uns anschließen. Beschlüssen wurde weiter, daß für die Werra-, Forst- und Hämmerarbeiten eine Eingabe zwecks Lohnaufbesserung gemacht wird. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege Fr. Frieß bestimmt. Zum Schluß erfuhr der Vortragende die Kollegen, mit aller ihnen zu Gebote stehender Macht für die Ausbreitung unserer Organisation einzutreten.

**Wübb.** Am 28. März d. J. fand im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Staats- und Gemeindearbeiter statt. Kollege Roth sprach über: „Die Antwort auf unsere Lohningaben.“ Schon im Jahre 1908 forderten die Arbeiter einen Mindestlohn von 4 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit. Er ist aber bis heute noch nicht erreicht, da die Paudeputation ihre Arbeiter noch mit 39 Pf. pro Stunde besoldet. — Im Jahre 1912 wurde mit einer neuen Forderung um 2 Pf. pro Stunde an Behörden und Bürgerausschuss, unter Hinweis auf die eingetretene Verteuerung des Lebensunterhalts, herangetreten. Zugleich wurde die Regelung der Melometergelder, sowie des Winterlohnes und die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld gefordert. Von der Paudeputation ging die Antwort ein, daß alles rundweg abgelehnt sei, da seit der letzten Lohnerrhöhung keine Lebensunterhaltserhöhung in dem Maße stattgefunden habe. Die Gemeindegremien hielten ihre Arbeiter nicht einmal einer Antwort für würdig. Im Juli 1913 wurde durch den Arbeiterausschuss erneut unsere Forderung beim Bürgerausschuss und der Behörde vorgebracht. Im Januar 1914 erfolgte endlich die Antwort. Die Lohnforderung von 2 Pf. pro Stunde wurde abgelehnt, den Bauamtsarbeitern aber eine Dreimonatszulage bewilligt, welche alljährlich gegen Weihnachten ausbezahlt werden soll. Diervon sind aber die Arbeiter, welche noch keine drei Jahre im Dienst sind, ausgeschlossen. Gewährt werden nach drei Jahren 25, nach sechs Jahren 30, nach neun Jahren 50, nach zwölf Jahren 60 Mk. Die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld wurde ebenfalls abgelehnt. Dafür will die Behörde auch hier wieder ein Pfälzerchen verschreiben, sie will eine Unternehmungskasse gründen, um durch eine aus dem Arbeiterausschuss zu wählende Kommission bei längerer Krankheit eine Unterbringung gewähren zu können. Im Jahre 1908 sollte schon eine Ruhegeldklasse gegründet werden. Heber den guten Willen kam man aber nicht hinaus. Nach fünf Jahren Ruhe tauchte der Plan wieder auf, aber nicht eine Ruhegeldklasse, sondern eine Zusatzklasse zur Invaliden- und Lebensversicherung sollte man diesmal schaffen. Die Beiträge sollten aber nicht vom Staat allein, zur Hälfte auch von den Arbeitern getragen werden. Gegen diese Mehrbelastung sträubten sich die Arbeiter in Anbetracht der geringen Löhne mit Recht. Die Versammlung beschloß, durch den Arbeiterausschuss eine Lohnzulage von 5 Pf. pro Stunde von der Behörde zu fordern. Die anderen von uns vertretenen Forderungen wurden vorläufig zurückgestellt, um erst einmal die Lohnforderung durchzuführen.

**Wünnen.** In einer überfüllten Versammlung nahmen am Sonntag, den 20. März d. J., in der Kolonnenstube die städtischen Arbeiter Stellung zu ihren den städtischen Kollegen unterbreiteten Forderungen. Mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Rathausfraktion hatten sich eingefunden. Kollege Seinhart-D begründete die dringende Notwendigkeit einer baldigen wohlwollenden Berücksichtigung der Arbeiteranträge. Redner führte dazu u. a. aus, daß endlich am 3. April die Arbeiteranträge in der Sozialen Kommission beraten werden. Seit langer Zeit sei die Einberufung der Kommission von einer Woche zur anderen verschoben worden. Es sei in letzter Zeit im Rathause viel von der Disziplin gesprochen worden. Was die städtischen Arbeiter angeht, so haben diese eine wahre Schicksalsduld an den Tag gelegt, sonst hätten sie die Verschleppung der Beratung ihrer berechtigten Wünsche als Provokation empfunden. Anfang 1912 wurde die Vorlage eingebracht; streng genommen, müßte sie zurückgezogen und neue Anträge gestellt werden, weil die Forderungen den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Es sei bedenklich, die verschiedenen Wünsche der städtischen Arbeiter durch Hinweis auf die schlechte Wirtschaftslage abzutun. Sei es den Gemeindegremien doch auch nicht eingefallen, die Hochkonjunktur durch Antragsstellung auszunutzen. Die Stadtverwaltungen sollten in der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorbildlich auf die Privatindustrie einwirken; zum mindesten aber sollten die Löhne der Arbeiter so hoch sein, wie die in der Privatindustrie. Die sozialen Einrichtungen sollten nebenher gehen, als eine Art Rückversicherung zur Erhaltung eines tüchtigen Arbeiterstammes. Redner sprach die Verurteilung im Rathause, die städtischen Regiebetriebe mehr und mehr einzuschränken und konstatierte demgegenüber, daß im Jahre 1913 beispielsweise die Gasanstalt trotz der Unannehmlichkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Vorschlag um 200 000 Mk., das Elektrizitätswerk um 250 000 Mk.



gehörten zur gewerkschaftlichen Organisation ein neues, besseres Stadtwort. Obwohl solches Glück liegt darin, nicht allein zu stehen, sondern einem Lande von Vereinen anzugehören, die handhaft zu uns stehen! Und wieviel Freude, wie unendlich viel Befriedigung bringt nicht dieses Wissen und kämpfen für unsere Organisation, daß sie nicht und immer weiter wächst zu leistungsfähiger Macht und erfolgreichender Größe! Wie nüchtern ist das Leben des Nutzens ohne diesen Kampf für Glück und Freiheit. Wahrheit, wir sind bereits zu einem viel gehaltvolleren Leben aufsteigend als es die anderen führen, dadurch, daß wir kämpfen für unseren Verband. Zahlreiche Vereinskassen stehen uns aber noch fern, wenn nicht feindselig gegenüber. Auch ihnen Aufreicherung zu bringen, dazu soll uns das Zeit der Aufreicherung genähern, das Überleben. Alle, die mit uns leben in wirtschaftlicher, geistiger und sozialer Not, sollen ermahnt aus der dunklen Nacht der Unkenntnis über ihr ungeliebtes Leben. Das Licht der Aufklärung soll auch ihren Aufreicherung bringen, Aufreicherung zum freien, freien Kampfesleben mit all seinen Schwierigkeiten. Wahrheit, zu jedem Wissen mahnt uns das Zeit. Dem Leben all der innerlich unzufriedenen Kollegen, die uns noch fern sind, sollen wir bringen einen viel befriedigenderen Gehalt. Doch das ist unser Endziel natürlich nicht. Unser beständiges kämpfen gilt einem höheren, höheren Ziele. Aufreicherung wollen wir erlangen aus wirtschaftlicher Not, geistiger Unterdrückung und sozialer Zurücksetzung, und dadurch, daß auch all die anderen Punkte wie wir ringen, ist die Aufreicherung das größte, größte, wertvollste Ziel unserer letzten Ziel. Erst es ist für wirtschaftliche Kampfen ein höheres Ziel gegeben. In ein Kampf um einen ehrenvollen Lohn streben wir nicht auf Erreichung zu allgemeinen Wohlstand! — Das Überleben soll es uns in Erinnerung bringen, wie hoch und erhaben unsere Aufgabe ist, und uns ermahnen, durch unermüdeten, geistigen und aus dem Herzen kommenden Kämpfen zu streben, daß wir durch die Stärke unseres Zusammenrückens recht bald die wirtschaftliche Macht erlangen und somit recht bald den Tag der Aufreicherung zu einem Leben in Gesundheit und Schönheit.

**Sinnlos ins Arzte!** Daß die Sportbewegung auch in den Reihen der arbeitenden Arbeiter Bewegung gefunden und den reichhaltigen Sportarten in großen Arbeiterorganisationen umfassende Aufmerksamkeit bewiesen werden sind, ist man nur dem Gedanken, wenn auch vom Ignoranten und unverständlichen Standpunkte aus mit Neugier zu begreifen. Die sportliche Betätigung wirkt sehr fördernd, weil sie eine höhere und edlere Ausübung des Lebens fördert und die Bildung weichen hilft. Sie hat schon auf dem Gebiete des Sport, weil sie, nicht im Arzte ausgesucht, dem Körper gesunde Bewegung in früherer Luft verleiht, was gerade für Arbeiter, die tagelange in ungesunder Kälte und in schlechter Luft arbeiten, sehr wichtig ist, zur Erhaltung der Gesundheit eine Notwendigkeit ist. Die sportliche Betätigung entspricht die Arbeiter mehr und mehr dem Ansehen und dem Ansehen, was ebenfalls gesundheitsfördernd, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht durchaus zum Vorteil der Arbeiterklasse dient. Es ist noch nicht lange her, daß die Arbeiter, die ihre Hoffnungen zur Ausübung sportlicher Tätigkeit auszuweifen versuchten, als Schädiger der Arbeiterorganisationen oder als Ehemaligen bezeichnet wurden. Zum Glück ist heute allgemein anerkannt, daß gerade die Arbeiterklasse es ist, die aus der Sportbewegung und richtig angewandter Sportbetätigung den größten Nutzen für ihre Kämpfe um Wohlstand und Arbeit ziehen kann. Und die großen Arbeiterorganisationen der Turner, Radfahrer, Schützen, Bänderer usw., die Hunderttausende Millionenarbeiter Arbeiter umfassen, haben bei der Fülle ihrer sportlichen Aufgaben nie vergessen, daß sie Glieder des uns keine politische Gleichberechtigung kämpfenden arbeitenden Volkes sind. Die Höhe des Sports richtet deshalb bei ihnen nicht auf Erfolg und Sportlererei mit Medaillenbezug und Preisbege; sie verfolgen den Sport keines anderen Zweckes wegen, der da die körperliche Erfrischung und die geringe Kosten zum Ziele hat. Mit dem Frühling beginnt man auch in den Reihen der Sportvereine wieder neues Leben. Sinnlos ins Arzte! heißt dann wieder die Parole für alle die, die der Winter mehr oder weniger in der Gesundheit des Sports schwebt. Manche wollen sich wohl für zu alt oder zu klein, um einen Sport zu treiben, oder er meint, sein Körper werde durch die schwere Arbeit langsam in Mangel geraten. Aber er würde es einmal mit dem Bänderer oder dem Sport im Arzte ist es doch mit dem Bänderer. Zahl und er finden, daß Sport und Sport wieder jung machen und den Körper kräftigen, dazu viel billiger sind, denn Arznei und Bittermittel.

**Die Berliner Arbeiterbildungskassen veröffentlichen jetzt ihre Programme für das 2. Quartal des Sommerhalbjahrs 1914. Der Unterricht in der Arbeiter-Bildungsschule beginnt am Donnerstag, den 16. April. Der Lehrplan enthält folgende Kurse. Donnerstag: Volkswirtschaftspraxis; Vortragender: Dr. J. David. Freitag: Theorie und Praxis der Gewerkschaften; Vortragender: Emil Zimmer. Sonnabend: Geschichte des Sozialismus; Vortragender: Emil Eichhorn. Sonntag: Fortbildungskurs; Vortragender: Emil Eichhorn. Montag: Literaturgeschichte; Vortragender: Ernst Baumig. Dienstag: Naturerkenntnis III. Teil: Das Leben auf der Erde. Mittwoch: Geschichte (Rittelalter); Vortragender: Dr. A. Conrad.**

Das Programm der Freien Hochschule Berlin enthält über 70 Vortragskurse und 5 Einzelvorträge. Vorträge sind alle Vorkurskurse: Philosophie, Politik, Kunst, Literatur, Volkswirtschaft, Handelswissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin, Technik, Ethik, Sport, Vortragskunst, Zeichen, Stenographie usw. — Besondere hervorzuheben sind Vorträge über die Abrechnung von Dozenten in die Kart und andere Umarmung Berlins und wirtschaftliche Studienreisen. — Einen breiten Raum nehmen die Sprachkurse ein: Englisch, Französisch, Italienisch, Lateinisch, Griechisch, Spanisch und Deutsch für Ausländer sind mit je mehreren Jahren verbunden. — Alles Nähere ist aus dem Programm zu erfahren, das in allen Buchhandlungen, Verlagen und bei Dr. A. Wolff kostenlos ausgegeben wird. Die Vorlesungen beginnen am 16. April und folgende Tage.

Die Sammelkassette mit dem Inhalt der Vorträge am 17. April. Das Programm enthält Vorlesungen aus allen Sprachen der Wissenschaft und Kunst und Marie in allen wichtigen alten und neuen Sprachen, die von einheimischen und ausländischen Dozenten gehalten werden. — Die Kassette wird eine Studienfahrt nach England und Schottland vom 15. bis zum 24. Juli 1914 angeordnet. Die Kassette enthält und bereitstellen im Hauptquartier, Kurtzstraße 101, in denen die Kassette der Monatsausgaben, die in den Buchhandlungen von Tag und Nacht und in den Verlagen für den Beginn der ersten Vorlesungen zu haben. Im April sind für Arbeiter folgende Vorlesungen in der Kassette. Allgemeine Sprachlehre: Sonntag, 17. April, abends 8 bis 10 Uhr. Beginn 17. April. — Abitur und Vorträge über Deutschland. Mit Vorträgen: Dr. D. Goetz. Alles Deutschland: Sonntag, 17. April, abends 8 bis 10 Uhr. Beginn 17. April. — Bilder aus der Kaiserzeit. Die Kassette der Kassette: Mit Vorträgen und Vorträgen: Sonntag, 17. April, abends 8 bis 10 Uhr. Beginn 17. April. — Bilder aus der Kaiserzeit. Sonntag, 17. April, abends 8 bis 10 Uhr. Beginn 17. April.

Die Akademischen Unterrichtsstellen sollen Mannern und Frauen, die nicht mehr die Mittelschule besuchen können, Gelegenheit zu gründlicher Ausbildung in den elementaren Unterrichtsstellen bieten, vor allem sollen die Kurse richtig führen und reichen können. Vorlesungen unter 18 Jahren können nicht aufgenommen werden. Den Unterricht erhaltende Studierende der Berliner Hochschulen. Ein aus der Mitte gewählter Vorstand leitet das Unternehmen unter Leitung von Vertretern der Arbeiter. Unterrichtsstellen: I. Deutsch: Schreiblehre, Wort- und Satzlehre, Satzzeichen, Stillehre. II. Schreiben und Rechnungen. III. Rechnen. IV. Erdkunde. V. Chemie. VI. Stenographie. Jede Klasse dauert ein halbes Jahr. Unterrichtsbeginn: I. Von Unterrichtsstellen: Gemeindefachschule, Opernstraße 24, nahe dem Bahnhof Lortie. Friedrich-Werkschule, Lortiestraße: Arbeitermüller, 12, am Spittelmarkt. Fortbildungsschule, Langestr. 11, am Schützen-Park. Gemeindefachschule, Langestr. 17, am Bahnhof Wedding. Volkshochschule, Arbeitermüller-Straße 20-21, in der Höhe des Germania-Platzes. Jeder Kurs findet mindestens einmal in den Abendstunden von 8-10 Uhr statt. Anmeldungen werden in den folgenden Klassen entgegengenommen: Fortstr. 17, am Bahnhof Wedding, am 16. April, abends 8-10 Uhr; Opernstr. 24, am Bahnhof Lortie, am 16. und 21. April, abends 8-10 Uhr; Langestr. 11, am Schützen-Park, am 17. und 21. April, abends 8-10 Uhr; Neustadt, Arbeitermüller-Straße 20-21, am 19. und 22. April, abends 8-10 Uhr. Am 18. und 20. April, abends 8 Uhr, finden im Saal des Zentralarbeitsnachsprechers, Hermannstr. 13, allgemeine Fortbildungsklassen statt, in denen nähere Bestimmungen über die Art des Unterrichts und die Teilnahmeorten gemacht werden. In diesen Vorlesungen werden ebenfalls Anmeldungen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 10 Pf. für den Besuch jedes Kurses sowie 25 bis 50 Pf. für Lehrmittel zu entrichten. Es wird gebeten, die Anmeldungen möglichst früh vorzunehmen. In den Unterrichtsstunden sollen grundsätzlich keine Abwesenheiten mehr angenommen werden.

